

DEMOKRATIEKRITIK

VOLK UND HERRSCHAFT AUF DEM PRÜFSTAND

Demokratie gilt hierzulande als Höchstwert. Wenn Entscheide demokratisch getroffen werden - oder von Leuten die demokratisch gewählt wurden - dann gehen sie nach allgemeiner Auffassung in Ordnung, unabhängig von ihrem Inhalt. Durchgesetzt hat sich in der westlichen Welt ein Demokratie-Idealismus, der Demokratie über alle Kritik erhebt.

Diesen guten Ruf genießt die Demokratie (altgr. Volksherrschaft) nicht nur in bürgerlichen Kreisen, sondern sowohl bei linken Systemkritiker_innen, die im Einzelnen von *Volk* und *Herrschaft* nicht viel halten; als auch bei Linken, die die *Diktatur des Proletariats*(!) zumindest übergangsweise für eine notwendige Sache halten.

Wer also Demokratie kritisiert steht nicht nur alleine auf weiter Flur, sondern sofort im Verdacht, ihr angebliches Gegenteil zu wollen: Unterdrückung, Diktatur.

In diesem Text wollen wir uns nichtsdestotrotz etwas an der Demokratie abarbeiten und einige Fakten festhalten, die den guten Glauben an die Herrschaft des Volkes hoffentlich etwas erschüttern mögen:

Volk...

Das zu einer Volksherrschaft gehörende *Volk* ist schon ein eigentümlicher Verein. Seine Angehörigen haben *keinen gemeinsamen Inhalt*, verfolgen *kein gemeinsames Interesse*, wie z.B. die Angehörigen von Chüngelizüchter- oder Fussballvereinen. Ein Volk wächst nicht als natürliches Gebilde und es abstrahiert sogar von gemeinsamer Sprache, Kultur und Geschichte – wofür die Schweiz mit ihren vier offiziellen Sprachen, ihrer Kantönlikultur und ihren wechselnden historischen Grenzen ein Paradebeispiel liefert.

Ökonomisch verfolgen Volksangehörige nicht nur keine gemeinsamen, sondern sogar *gegensätzliche Interessen* (Arbeitnehmer_in-Arbeitgeber_in, Mieter_in-Vermieter_in, Verkäufer_in Käufer_in etc.). Mehr noch, die Volksangehörigen konkurrieren oft sogar mit denen, die das gleiche Interesse verfolgen (Konkurrenz unter den Kapitalist_innen um Kaufkraft und unter den Arbeitnehmer_innen um Arbeitsplätze etc.).

Wo *gegensätzliche Interessen* dauerhaft bestehen bleiben, muss es eine *Instanz* geben, die über diesen Einzelinteressen steht und sie alle so *beschränkt*, dass sie sich zwar *wechselseitig be- und ausnutzen*, aber nicht zu Grunde richten können. Dafür braucht es ein Gewaltmonopol, welches den Konkurrenten Vorschriften machen und diese durchsetzen kann.

Ein *Volk* braucht also *Herrschaft*! In der Demokratie nun legitimiert und wählt das „souveräne“ (lat. über allem stehende) Volk eine Herrschaft *über sich* - ein Widerspruch mit Folgen!

... und Herrschaft

Denn eine *Wahl* ist nichts harmloses, wie das arbeitsteilige Delegieren von Aufträgen. Die Mehrheit der stimmenden Bürger_innen beauftragt Leute mit *Herrschaft*. Sie wählt eine Regierung über sich (und alle anderen im Einflussbereich des Staates), deren Mandat (lat. aus der Hand geben) „nicht an Weisungen“ gebunden ist. Was die Gewählten entscheiden gilt für alle und wird durchgesetzt. Das ist auch der Kern der Sache: Herrschaft braucht es nur dort, wo man *Leute zwingen* und ihre *Einzelinteressen beschränken* muss. Der grosse *Unterschied zur Diktatur* ist dabei, dass sich demokratisch gewählte Politiker_innen beim Regieren auf die *Legitimation der Regierten* berufen können.

Nebenbei: Wählen ist eine sehr passive Sache. Für sich, individuell im stillen Kämmerlein, werden Namen aufgeschrieben oder vorgedruckte Listen eingepackt. Die Volksweisheit vom *Stimmvieh* ist dabei nicht unzutreffend: *Angebot und Zeitpunkt* der Wahl werden von der Herrschaft unterbreitet und die zugelassenen *Alternativen* sind vorgegeben.

Für die Herrschaft ist das demokratische Verfahren *produktiv*: Wer wählt *bestätigt*, dass es Führung braucht und dabei die gesamte *politische Herrschaft* und ihren *Apparat* (vom Parlament zum Polizeidepartement). Sowie die verfassungsgemässen/gesetzmässigen Aufgaben dieser Stellen: Recht und Ordnung, Kapitalstandort, Steuern, Bankenrettung... Wer wählt hat kein grundsätzliche Argument gegen das Ganze, sondern will mit den Lebensumständen hier zurechtkommen und dafür Herrschaftspersonal seiner couleur! Der wählende Wille hat keinen anderen Inhalt. Wird ein Stimmzettel mit einem Kommentar versehen, ist die Stimme ungültig.

Demokrat_innen demonstrieren mit dem Gang zur Urne zudem ihre Gleichgültigkeit gegenüber ihrem eignen Interesse: Wenn „die Anderen“ gewinnen, muss man es akzeptieren, genauso wie wenn die Gewählten nicht das tun, was man sich vorgestellt hat.

Ganz direkt

Die viel gelobte *direkte Demokratie* macht das Ganze nicht besser. An Volksabstimmungen müssen im realexistierenden Kapitalismus *Gegensätzliche Interessen* entscheiden, was gut für *alle* sein soll. Klar, dass da von allen Seiten ans „*Gemeinwohl*“ appelliert wird. Weil in der kapitalistischen Konkurrenz der Nationen tatsächlich recht viel von Wirtschaftswachstum und dem Erfolg der „eigenen“ Nation abhängt, wird dann (meist) im Interesse der Wirtschaft und des Landes abgestimmt.

Dass Interessen der Wirtschaft (lies Kapitalist_innen) mit denen der normalen Bürger nicht zusammenfallen, mag auch den kleinen Leuten bei der Abstimmung um Mindestlohn und Ferienwochen aufgefallen sein. Für die Arbeitnehmenden ist „das Wirtschaftswachstum“ zwar unverzichtbare Bedingung ihrer bürgerlichen Nutzenverfolgung, aber eben kein Mittel ihres Nutzens: Die Mehrheit ist gezwungen Lohnarbeit zu verrichten und die gibt es eben nur, wenn ein Unternehmen damit Gewinn

machen kann. Der Erfolg der Wirtschaft misst sich nicht an der Höhe der Löhne, sondern im Gewinn der Kapitalist_innen, bzw der erfolgreichen Ausbeutung der Proletarier_innen. Das Interesse des Kapitals ist also nicht nur ein Privatinteresse neben anderen; von ihm hängen Interessen wie Einkommen, Arbeitsplätze, Steuern - und damit auch die Macht und Handlungsfreiheit des Staates ab, den der alte Marx „Ideeller Gesamtkapitalist“ nannte.

In diesem Sinne: Wer über die „Sachzwänge“ nicht reden will, wird sie mit einer demokratischen Verwaltung auch nicht zum Schweigen bringen.

www.buendnis-gegen-rechts.ch